Herr Gleß führte aus, dass sich der Inhalt der Sitzungsvorlage inzwischen überholt habe. Ursprünglich habe die Bezirksregierung einer Erweiterung des Fahrradfachmarktes nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass parallel zu dem erforderlichen Bebauungsplanverfahren eine Änderung des Gebietsentwicklungsplanes erfolgt. Der Gebietsentwicklungsplan stellt das Gewerbegebiet an der Einsteinstraße als GIB (Gewerbe- und Industriebereich) dar. Danach wären derartige Einzelhandelsflächen nicht zulässig. Letzte Woche habe dann ein erneutes Gespräch bei der Bezirksregierung stattgefunden, wonach anstelle einer Änderung des Gebietsentwicklungsplan nur noch ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren gemäß § 24 Landesplanungsgesetz angestrebt wird. Dies würde eine erhebliche Verfahrenserleichterung darstellen. Insofern sei der Beschlussentwurf gemäß Sitzungsvorlage überholt. Die Zustimmung des Ausschusses vorausgesetzt würde die Verwaltung jetzt das angesprochene Zielabweichungsverfahren anstreben. Auf Nachfrage von Frau Feld-Wielpütz antwortete Herr Gleß, dass das Verfahren nach seiner Einschätzung innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein könnte.